

Kinderrechte im Parlament – Vorschau auf die Frühjahrssession 2016

Im **Nationalrat** sind aus kinderrechtlicher Sicht verschiedene Vorstösse zu erwähnen, die die Bildung von Kindern und Jugendlichen betreffen. Die Motion „[Bundesbeiträge an die Stiftung Education 21](#)“ beauftragt den Bundesrat, die Bundesbeiträge an die Stiftung Education 21 zu streichen, die im Auftrag des Bundes auch Lehrmaterialien zu den Kinderrechten zur Verfügung stellt. Das Postulat „[Stimmrechtalter 16 und Förderung politischer Bildung](#)“ ist auch aus Sicht der politischen Partizipation von Jugendlichen sehr relevant und fordert den Bundesrat auf, einen Bericht zur Senkung des Stimmrechtsalters auf 16 Jahre und zur Verstärkung der politischen Bildung Jugendlicher vorzulegen. Das Postulat „[Schulisches Scheitern frühzeitig vermeiden. Vorschulischer Erwerb der Schulsprache für fremdsprachige Kinder](#)“ richtet sich an die Kleinsten und fordert einen Bericht, inwiefern im Rahmen der vom Bund mitfinanzierten vorschulischen Kinderbetreuung Anreize für den Erwerb der künftigen Schulsprache gesetzt werden können.

Die Motion „[Kinderpornografie. Verbot von Posing Bildern](#)“ beauftragt den Bundesrat, eine dahingehende Gesetzesrevision vorzubereiten, dass der gewerbsmässige Handel mit Nacktfotos und entsprechenden Filmaufnahmen von Kindern künftig unter Strafe gestellt wird. Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion, weist aber auf „heikle Abgrenzungsschwierigkeiten“ hin.

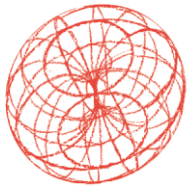
Zahlreiche Vorstösse betreffen zudem das Familienrecht und Familienpolitik und damit die Bedingungen, in denen Kinder und Jugendliche in der Schweiz aufwachsen. Vor dem Hintergrund von Artikel 18 der UN-Kinderrechtskonvention, nach dem die Schweiz sicherstellen soll, dass beide Elternteile gemeinsam für die Erziehung und Entwicklung des Kindes verantwortlich sind, sind drei Vorstösse zu einem Vaterschafts- oder Elternurlaub hervorzuheben (Parlamentarische Initiative Candinas „[Zwei Wochen über die EO bezahlten Vaterschaftsurlaub](#)“; Motion GLP „[Elternurlaub statt Mutterschaftsurlaub](#)“ und Motion Portmann „[Elternurlaub. Mehr Wahlfreiheit bei gleichen Kosten](#)“). Allerdings implizieren die Vorstösse alle einen verkürzten Mutterschaftsurlaub und laufen damit der Empfehlung des UN-Kinderrechtsausschusses zuwider, „eine Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs auf mindestens sechs Monate in Betracht zu ziehen“ (Concluding Observation Nr. 59 g), 4. Februar 2015).

Im **Ständerat** ist aus Sicht der Kinderrechte insbesondere die Revision des [Adoptionsgesetzes](#) relevant. Mit der Gesetzesrevision wird das Kindeswohl bei der Adoptionsentscheidung weiter ins Zentrum gerückt. So werden die Ermessensspielräume erweitert, wenn dies im Interesse des Kindeswohls geboten erscheint. Von zentraler Bedeutung ist dabei auch die Öffnung der Stiefkindadoption: Während eine solche bislang nur einem Ehepaar möglich ist, schlägt der Bundesrat vor, die Stiefkindadoption neu auch Paaren in eingetragenen Partnerschaften und Paaren in faktischen, verschieden- wie gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften zu öffnen. Um die Position des Kindes bei der Adoption zusätzlich zu stärken, schlägt der Bundesrat ausserdem vor, ausdrücklich die Pflicht ins Gesetz aufzunehmen, das Kind vor der Adoption anzuhören.

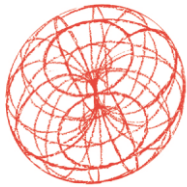
Hinzu kommen in beiden Räten verschiedene Geschäfte und weitere Vorstösse, die ebenfalls kinderrechtliche Aspekte aufweisen (vgl. ausführliche Vorschau unten).

Die Sessionsprogramme und Tagesordnungen der Eidgenössischen Räte können noch Änderungen erfahren und sind unter folgenden Links abrufbar:

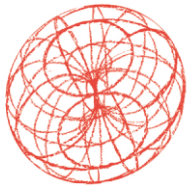
[Nationalrat](#) | [Ständerat](#)



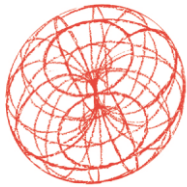
Datum	Nationalrat	Ständerat
29.02.2016	<p>14.3092 (Motion Reynard): Recht der Lernenden, die Berufsmaturität über die integrierte Berufsmaturität zu erwerben. Der Bundesrat wird beauftragt, Gesetzesänderungen auszuarbeiten, sodass die Lernenden in einer dualen beruflichen Grundbildung das Recht haben, während ihrer Grundbildung den Unterricht der integrierten Berufsmaturität (BM 1) zu besuchen. Der Bundesrat teilt das Anliegen der Motion, die Berufsmaturität zu stärken, betrachtet die beabsichtigte Gesetzesänderung jedoch als nicht zielführend. Die Motion wird im Nationalrat als Erstrat beraten.</p> <p>14.3081 (Motion Keller): Bundesbeiträge an die Stiftung Education 21. Die Motion beauftragt den Bundesrat, die Bundesbeiträge an die Stiftung Education 21 zu streichen. Die Stiftung koordiniert und fördert Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Schweiz und stellt im Auftrag des Bundes auch Lehrmaterialien zu den Kinderrechten zur Verfügung. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion. Der Nationalrat behandelt die Motion als Erstrat.</p>	<p>15.030 (Geschäft des Bundesrats): Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Protokoll Nr. 15. Genehmigung. Botschaft vom 6. März 2015 zur Genehmigung des Protokolls Nr. 15 über die Änderung der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK). Das Protokoll Nr. 15 zur EMRK enthält punktuelle Anpassungen der EMRK, die einerseits das gegenseitige Verhältnis zwischen den Vertragsstaaten und dem EGMR, andererseits das Verfahren vor Letzterem betreffen. Der Nationalrat hat den Entwurf des Bundesrats bereits genehmigt.</p> <p>15.314 (Standesinitiative Luzern): Flüchtlings- und Asylwesen. Der Kanton Luzern ersucht die Asylbehörden, die bisherige Praxis der Gewährung eines Flüchtlingsstatus bei Dienstverweigerern zu ändern. Diese sollen nur noch den Status als "Schutzbefohlene vorläufig aufgenommen" erhalten (ohne Recht auf Familiennachzug). Zudem fordert der Kanton kostendeckende Beiträge für die Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden aus Eritrea, „da diese teilweise sogar bei Pflegefamilien platziert werden müssen“.</p>
01.03.2016	<p>15.3476 (Postulat Heim): Berufsbildung im Rahmen von Migrationspartnerschaften. Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob und wie Berufsintegrationsprojekte im Rahmen von Migrationspartnerschaften und Entwicklungshilfe verstärkt angestossen und gefördert werden können, z. B. auch mit vertraglicher Einbindung von Schweizer Firmen in den entsprechenden Ländern. Der Bundesrat empfiehlt die Annahme des Postulats. Der Nationalrat behandelt die Vorlage als Erstrat.</p>	-



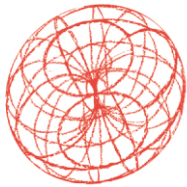
Datum	Nationalrat	Ständerat
02.03.2016	-	<p><u>12.080</u> (Geschäft des Bundesrats): Heilmittelgesetz. Änderung.</p> <p>Mit der 2. Etappe der Revision des HMG werden u.a. Rahmenbedingungen geschaffen, damit vermehrt kindgerechte Arzneimittel zugelassen und auf den Markt gebracht werden können. Die pharmazeutische Industrie soll für ihren zusätzlichen Aufwand in der Entwicklung von Kinderarzneimitteln beispielsweise mit einem verlängerten Patentschutz unterstützt werden. Zur Vermeidung von Medikationsfehlern, insbesondere bei der Behandlung von Kindern, soll zudem eine nationale Datenbank zu einem sicheren Arzneimitteleinsatz in der Kinderheilkunde beitragen. Der Ständerat berät die Differenzen zum Nationalrat.</p>
03.03.2016	<p><u>14.3022</u> (Motion Rickli): Kinderpornografie. Verbot von Posing Bildern.</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, eine dahingehende Gesetzesrevision vorzubereiten, dass der gewerbsmässige Handel mit Nacktfotos und entsprechenden Filmaufnahmen von Kindern künftig unter Strafe gestellt wird. Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion. Der Nationalrat behandelt die Vorlage als Erstrat.</p> <p><u>14.3071</u> (Motion SVP): Einschränkung des Familiennachzugs für Personen aus der EU.</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, mit der EU über eine Einschränkung des Familiennachzugs von Personen aus der EU/Efta zu verhandeln. Konkret sollen nur noch Ehegatten und Familienangehörige in direkt absteigender (Kinder) oder direkt aufsteigender (Eltern) Linie nachgezogen werden können, nicht aber andere Familienangehörige. Weiter soll kein Anspruch auf Familiennachzug bestehen. Der Bundesrat möchte die Thematik im Zusammenhang mit der Umsetzung der Einwanderungsinitiative anschauen und lehnt daher die Vorlage ab. Der Nationalrat behandelt das Geschäft als Erstrat.</p>	-



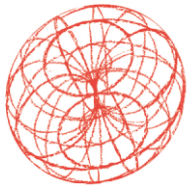
Datum	Nationalrat	Ständerat
03.03.2016	<p>Behandlung parlamentarischer Initiativen (Die Behandlung wird an den folgenden Daten fortgesetzt: 7., 8., 10., 14., 15., 17. März):</p> <p><u>14.415</u> (Parlamentarische Initiative Candinas): Zwei Wochen über die EO bezahlten Vaterschaftsurlaub (SGK). Das EOG und das OR sind so anzupassen, dass Vätern nach der Geburt eines eigenen Kindes analog zum Mutterschaftsurlaub ein zweiwöchiger bezahlter Vaterschaftsurlaub gewährt wird. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK) des Nationalrats hat der Initiative Folge gegeben, die Schwesterkommission des Ständerats jedoch nicht.</p>	
07.03.2016		<p><u>13.4271</u> (Motion Lohr): Mindestens drei nationale Zentren für Schneesport zu Gunsten des Breitensports. Die Motion beauftragt den Bundesrat, im Sinne der Breitensportförderung Pläne nicht nur für ein, sondern für mindestens drei nationale Zentren für Schneesport zu erarbeiten. Damit soll nicht nur der Leistungssport profitieren, sondern auch Schulen sollen kostengünstige Schneesportlager durchführen können. Bundesrat beantragt die Ablehnung des Vorstosses, der Nationalrat hat ihn jedoch angenommen.</p>



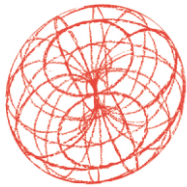
Datum	Nationalrat	Ständerat
08.03.2016	-	<p><u>14.094</u> (Geschäft des Bundesrats): ZGB. Adoption. Änderung.</p> <p>Mit der Gesetzesrevision wird das Anliegen, das Kindeswohl ins Zentrum der Adoptionsentscheidung zu stellen, weiter gestärkt: Die Ermessensspielräume werden erweitert, wenn dies im Interesse des Kindeswohls geboten erscheint (Z.B. Senkung des Mindestalters auf 28 Jahre, flexiblere Beurteilung des Altersunterschieds zwischen Adoptivkind und -eltern). Aus der Sicht des Kindeswohls von zentraler Bedeutung ist ausserdem die Öffnung der Stiefkindadoption: Während eine solche bislang nur einem Ehepaar möglich ist, schlägt der Bundesrat vor, die Stiefkindadoption neu auch Paaren in eingetragenen Partnerschaften und Paaren in faktischen, verschieden- wie gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften zu öffnen. Um die Position des Kindes bei der Adoption zusätzlich zu stärken, schlägt der Bundesrat ausserdem vor, ausdrücklich die Pflicht ins Gesetz aufzunehmen, das Kind vor der Adoption anzuhören. Der Ständerat behandelt die Vorlage als Erstrat.</p>
10.03.2016	<p><u>15.3254</u> (Motion Lohr): Subventionen für „Jugend und Sport“.</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, Vorkehrungen zu treffen, dass der "Jugend und Sport"-Subventionskredit (2015: 75,5 Millionen Franken) im Voranschlag 2016 um mindestens 15 Millionen Franken aufgestockt wird. Damit sollen die per 1. August 2015 angekündigten Beitragskürzungen nicht vollzogen bzw. rückgängig gemacht werden. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Vorlage.</p>	-



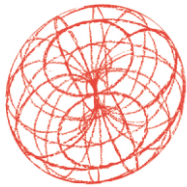
Datum	Nationalrat	Ständerat
10.03.2016	<p>15.3328 (Postulat Graf): Aktuelle geschlechtsspezifische Budgetanalyse der Abteilung "Jugend und Sport" im Baspo. Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht eine geschlechtsspezifische Budgetanalyse der Abteilung "Jugend und Sport" im Bundesamt für Sport (Baspo) darzulegen. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung des Vorstosses. Der Nationalrat berät den Vorstoss als Erstrat.</p>	
14.03.2016	<p>13.418 (Parlamentarische Initiative GLP): Gleichstellung der eingetragenen Partnerschaft und der Ehe im Einbürgerungsverfahren. Die Initiative verlangt, Verfassung und Gesetz sind so anzupassen, dass die Gleichstellung eingetragener Partnerschaften mit Ehen im Einbürgerungsverfahren sichergestellt wird. Die staatspolitischen Kommissionen beider Räte haben der Initiative Folge gegeben.</p> <p>13.419 (Parlamentarische Initiative BDP): Gleichstellung der eingetragenen Partnerschaft und der Ehe im Einbürgerungsverfahren. Die Bundesversammlung soll die Rechtsgrundlagen schaffen, um die Gleichstellung eingetragener Partnerschaften mit Ehen im Einbürgerungsverfahren umzusetzen. Die staatspolitischen Kommissionen beider Räte haben der Initiative Folge gegeben.</p> <p>13.420 (Parlamentarische Initiative Grüne): Gleichstellung der eingetragenen Partnerschaft und der Ehe im Einbürgerungsverfahren. Die Bundesversammlung soll die Rechtsgrundlagen schaffen, um die Gleichstellung eingetragener Partnerschaften mit Ehen im Einbürgerungsverfahren umzusetzen. Die staatspolitischen Kommissionen beider Räte haben der Initiative Folge gegeben.</p>	



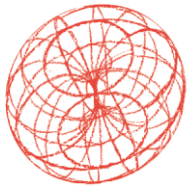
Datum	Nationalrat	Ständerat
14.03.2016	<p>13.421 (Parlamentarische Initiative SP): Gleichstellung der eingetragenen Partnerschaft und der Ehe im Einbürgerungsverfahren. Die Bundesversammlung soll die Rechtsgrundlagen schaffen, um die Gleichstellung eingetragener Partnerschaften mit Ehen im Einbürgerungsverfahren umzusetzen. Die staatspolitischen Kommissionen beider Räte haben der Initiative Folge gegeben.</p> <p>13.421 (Parlamentarische Initiative Fiala): Gleichstellung der eingetragenen Partnerschaft und der Ehe im Einbürgerungsverfahren. Die Bundesversammlung soll die Rechtsgrundlagen schaffen, um die Gleichstellung eingetragener Partnerschaften mit Ehen im Einbürgerungsverfahren sichergestellt wird. Die staatspolitischen Kommissionen beider Räte haben der Initiative Folge gegeben.</p> <p>15.055 (Geschäft des Bundesrats): 40 Jahre EMRK-Beitritt der Schweiz. Erfahrungen und Perspektiven. Bericht des Bundesrats in Erfüllung des Postulates Stöckli 13.4187 vom 12. Dezember 2013. Der Ständerat nahm den Bericht bereits zur Kenntnis.</p>	
15.03.2016	<p>12.080 (Geschäft des Bundesrats): Heilmittelgesetz. Änderung. Mit Revision des HMG werden u.a. Rahmenbedingungen geschaffen, damit vermehrt kindgerechte Arzneimittel zugelassen und auf den Markt gebracht werden. Die pharmazeutische Industrie soll für ihren zusätzlichen Aufwand in der Entwicklung von Kinderarzneimitteln mit einem verlängerten Patentschutz unterstützt werden. Zur Vermeidung von Medikationsfehlern, insbesondere bei der Behandlung von Kindern, soll zudem eine nationale Datenbank zu einem sicheren Arzneimittel Einsatz in der Kinderheilkunde beitragen. Die Rahmenbedingungen für Schaffung, Pflege und Finanzierung der Datenbank werden mit den Ausführungsbestimmungen festgelegt. Der Nationalrat berät den Antrag der Einigungskonferenz.</p>	-



Datum	Nationalrat	Ständerat
15.03.2016	<p><u>15.3520</u> (Postulat Mattea): Schulisches Scheitern frühzeitig vermeiden. Vorschulischer Erwerb der Schulsprache für fremdsprachige Kinder.</p> <p>Der Bundesrat wird aufgefordert, mit einem Bericht aufzuzeigen, inwiefern im Rahmen der vom Bund mitfinanzierten vorschulischen Kinderbetreuung Anreize für den Erwerb der künftigen Schulsprache gesetzt werden können, um einer im heutigen System wesentlichen Ursache späteren schulischen Scheiterns vorzubeugen. Der Bundesrat empfiehlt die Annahme des Postulats.</p> <p><u>14.3068</u> (Motion GLP): Elternurlaub statt Mutterschaftschädigung.</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament einen Gesetzentwurf für einen Elternurlaub mitsamt einer volkswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Abschätzung vorzulegen. Der Elternurlaub orientiert sich an folgenden Parametern: Die Mutterschaftschädigung wird durch einen Elternurlaub abgelöst. Dieser beträgt mindestens 14 Wochen, kann jedoch neu auf bis zu 20 Wochen ausgedehnt werden, sofern die Eltern den Elternurlaub ausgeglichen untereinander aufteilen. Anspruch auf Elternurlaub haben wie bis anhin nur Erwerbstätige (Mütter und neu Väter). Die Finanzierung erfolgt über die EO. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Vorstosses. Der Nationalrat behandelt die Motion als Erstrat.</p> <p><u>14.3109</u> (Motion Portmann): Elternurlaub. Mehr Wahlfreiheit bei gleichen Kosten.</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, einen Gesetzentwurf für einen Elternurlaub vorzulegen, der den heutigen Mutterschaftsurlaub als Ausgangspunkt nimmt, es jedoch ermöglicht, dass ein Teil der 14 Wochen statt durch die Mutter auch durch den Vater bezogen werden kann. Dadurch soll kein Ausbau des heutigen Systems erfolgen, sondern einzig eine Flexibilisierung. Der Bundesrat empfiehlt den Vorstoss zur Ablehnung. Der Nationalrat behandelt die Motion als Erstrat.</p>	



Datum	Nationalrat	Ständerat
15.03.2016	<p><u>15.4081</u> (Motion WBK-NR): Strategie zur Modernisierung des Familienrechts gestützt auf wissenschaftlichen Erkenntnissen.</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, auf Bundesebene eine Strategie zur Modernisierung des Familienrechts auszuarbeiten. Diese Strategie soll sich auf nationale wie internationale wissenschaftliche Erkenntnisse von gesellschaftlichen Entwicklungen stützen. Zur Ausarbeitung dieser Strategie kann der Bundesrat mit den Hochschulen oder anderen sozialwissenschaftlichen Institutionen zusammenarbeiten sowie bei Bedarf wissenschaftliche Forschungsprojekte in Bezug auf moderne Partnerschaftskonstellationen sowie individuelle Lebensformen in Auftrag geben. Der Bundesrat sieht keinen Bedarf für einen neuen Bericht und beantragt daher die Ablehnung der Motion. Der Nationalrat berät den Vorstoss als Erstrat.</p> <p><u>15.4082</u> (Postulat WBK-NR): Ein „Pacs“ nach Schweizer Art.</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, in Anlehnung an das von Nationalrat Andrea Caroni eingereichte Postulat <u>15.3431</u> einen Bericht vorzulegen, welcher einen "Pacs nach Schweizer Art" prüft, der die Eintragung einer Partnerschaft als Rechtsinstitut ausserhalb der Ehe und unabhängig von der Geschlechterzusammensetzung ermöglichen soll. Der Bundesrat beantragt die Annahme des Postulats. Der Vorstoss wird vom Nationalrat als Erstrat beraten.</p>	



Datum	Nationalrat	Ständerat
15.03.2016	<p>15.3431 (Postulat Portmann): Ein „Pacs“ nach Schweizer Art. Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob und in welchen möglichen Ausgestaltungen die Schweiz ergänzend zur Ehe ein Rechtsinstitut mit weniger umfassenden Rechtsfolgen als die Ehe für Paare jeglichen Geschlechts einführen könnte. Der Bundesrat beantragt die Annahme des Postulats. Der Vorstoss wird vom Nationalrat als Erstrat beraten.</p>	
16.03.2016	<p>14.3470 (Postulat Reynard): Stimmrechtalter 16 und Förderung politischer Bildung. Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen, ob es nicht sinnvoll sein könnte, das Stimmrechtsalter auf 16 Jahre zu senken und gleichzeitig die politische Bildung zu verstärken und die Jugendlichen politisch zu sensibilisieren. Der Bundesrat soll dazu einen Bericht vorlegen. Der Bundesrat beantragt die Annahme des Postulats. Der Nationalrat berät den Vorstoss als Erstrat.</p> <p>13.300 (Standesinitiative Jura): Für eine soziale Einheitskrankenkasse. Die Bundesversammlung wird ersucht, die Kantone zur Einrichtung einer Einheitskrankenkasse zu ermächtigen und ihnen dabei die Einführung einer gerechten und sozialen Finanzierung zu ermöglichen, welche vor allem die Familien begünstigt. Der Ständerat gibt der Initiative keine Folge. Der Nationalrat befasst sich als Zweitrat damit.</p>	<p>12.080 (Geschäft des Bundesrats): Heilmittelgesetz. Änderung. Mit der Revision des HMG werden u.a. Rahmenbedingungen geschaffen, damit vermehrt kindgerechte Arzneimittel zugelassen und auf den Markt gebracht werden. Die pharmazeutische Industrie soll für ihren zusätzlichen Aufwand in der Entwicklung von Kinderarzneimitteln mit einem verlängerten Patentschutz unterstützt werden. Zur Vermeidung von Medikationsfehlern, insbesondere bei der Behandlung von Kindern, soll zudem eine nationale Datenbank zu einem sicheren Arzneimitteleinsatz in der Kinderheilkunde beitragen. Der Ständerat berät den Antrag der Einigungskonferenz.</p> <p>13.475 (Parlamentarische Initiative Pieren): Babysitting bis zu einem Jahreslohn von 3000 Franken wird von Hausdienstarbeit ausgeschlossen. Das Gesetz ist dahingehend zu ändern, dass Babysitting bis zu einem Jahreslohn von 3000 Franken nicht mehr unter die Bestimmungen und Vorgaben der Hausdienstarbeiten (AHV Merkblatt Nr. 2.06) fällt. Eltern müssen ihren Babysitter nicht als Arbeitnehmer bei der AHV anmelden und somit auch keine Sozialabgaben entrichten. Der Nationalrat hat dem Vorstoss Folge gegeben, die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerats hingegen nicht.</p>